

# Wirtschaft

## NACHRICHTEN

### Nachfrage nach Ölheizungen steigt rasant

Angesichts niedriger Brennstoffpreise legen sich wieder mehr Hausbesitzer eine Ölheizung zu. Die Verkaufszahlen legten in den ersten neun Monaten dieses Jahres um rund 30 Prozent zu, während Biomassekessel und Wärmepumpen weniger beliebt waren, wie aus Zahlen des Bundesverbands der Deutschen Heizungsindustrie hervorgeht. „Dass wir jetzt diesen Boom haben, hängt einerseits damit zusammen, dass viele Ölkessel in die Jahre gekommen sind und eine Modernisierung hier ohnehin anstand“, sagte Hauptgeschäftsführer Andreas Lücke. „Andererseits spielt aber auch der derzeit niedrige Ölpreis eine große Rolle.“ (dpa)

### Weihnachtsgeschäft: Umsätze stagnieren



DPA/BERND VON JUTRCZENKA

### Verhalten nennt der Handelsverband den Start ins Weihnachtsgeschäft.

Dem Weihnachtsgeschäft in Deutschland fehlt noch der Schwung. Die Umsätze der Einzelhändler lagen in der vergangenen Woche auf Vorjahresniveau, teilte der Handelsverband Deutschland mit. In den USA lag der Umsatz der Warenhäuser am sogenannten Black Friday – dem Freitag nach dem Thanksgiving-Feiertag – nach vorläufigen Zahlen leicht unter den Vorjahreswerten. Experten wiesen jedoch darauf hin, dass die Bedeutung des früher für den US-Einzelhandel so wichtigen Tages abnimmt, da Sonderangebote vorgezogen werden und der Online-Handel eine größere Rolle spielt. Hier wurden bereits am Donnerstag und Freitag zweistellige Zuwachsraten erzielt. (Reuters, dpa)

### Industrieverband beharrt auf staatlichen Investitionen

In der Industrie wächst die Sorge, wegen der Flüchtlingskrise könnten staatliche Investitionen auf der Strecke bleiben. „Der nun anstehende Aufwand für die Integration von Flüchtlingen darf nicht zu weniger dringend benötigten Investitionen in Bildung, digitale Netze und Infrastruktur führen“, sagte der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Ulrich Grillo, der Zeitung Welt am Sonntag. Gleichzeitig erklärte er, weder Steuererhöhungen noch die Aufgabe der schwarzen Null wären aufgrund der Flüchtlingskrise legitim. (AFP)

### Brasilien leidet unter Rezession und spart

Brasiliens Regierung wird geplante Ausgaben in Höhe von mehr als zehn Milliarden Real – umgerechnet rund 2,5 Milliarden Euro – einfrieren, um das Haushaltsgesetz einzuhalten. Das Land ist in der schwersten Rezession seit einem Vierteljahrhundert, die Teuerungsrate liegt bei fast zehn Prozent, auch das Haushaltsdefizit beträgt rund zehn Prozent. Wegen der Wirtschaftskrise hatte Standard & Poor's im September als erste Ratingagentur die Kreditwürdigkeit des Schwellenlandes auf „Ramsch“-Niveau herabgestuft. Für Regierung und Firmen in Brasilien verteuern sich dadurch potenziell Kredite. (Reuters)

### Japan will Steuern für Unternehmen senken

Die japanische Regierung will Inzidenz zufolge die geplante Reduzierung der Unternehmenssteuern vorziehen. Der Schritt werde vermutlich im April und damit ein Jahr früher als bislang angedacht vollzogen, hieß es aus Regierungskreisen. Demnach soll der Prozentsatz auf 29,5 bis 30 Prozent von gegenwärtig 32,1 Prozent gesenkt werden. Derzeit ist der Steuersatz einer der höchsten weltweit. (Reuters)

## Alternative im Zinstief

VON SEBASTIAN WOLFF

Im aktuellen Zinstief erfordert es schon viel Geschick, Geld noch einigermaßen gewinnbringend und trotzdem sicher anzulegen. Für Tagesgeld gibt es im Schnitt aktuell nicht einmal mehr 0,2 Prozent. Viele Sparer versuchen das Problem zu lösen, indem sie regelmäßig die Tagesgeld-Angebote der Banken für Neukunden vergleichen und immer wieder ihr Geld dorthin transferieren, wo gerade die höchsten Zinsen gezahlt werden.

**Kein lästiges Banken-Hopping:** Denn um neue Kunden anzulocken, bieten zahlreiche Banken diesen deutlich attraktiveren Konditionen als den Kunden, die schon seit vielen Jahren bei ihnen ein Konto haben. Die Neukundenkonditionen gelten allerdings meist nur für einen eng begrenzten Zeitraum. So bietet zum Beispiel die Volkswagenbank aktuell 1,25 Prozent Jahreszinsen für bis zu 100 000 Euro an – aber nur für vier Monate ab dem Tag der Kontoeröffnung. Anschließend gibt es (Stand heute) nur noch 0,3 Prozent jährlich. Wer sich für das Angebot der VW-Bank entscheidet, sollte sich also nach vier Monaten wieder neu orientieren, wenn er weiter attraktive Zinsen bekommen will. Dieses Banken-Hopping ist jedoch nicht jedermanns Sache, denn es ist mühsam und zeitaufwendig.

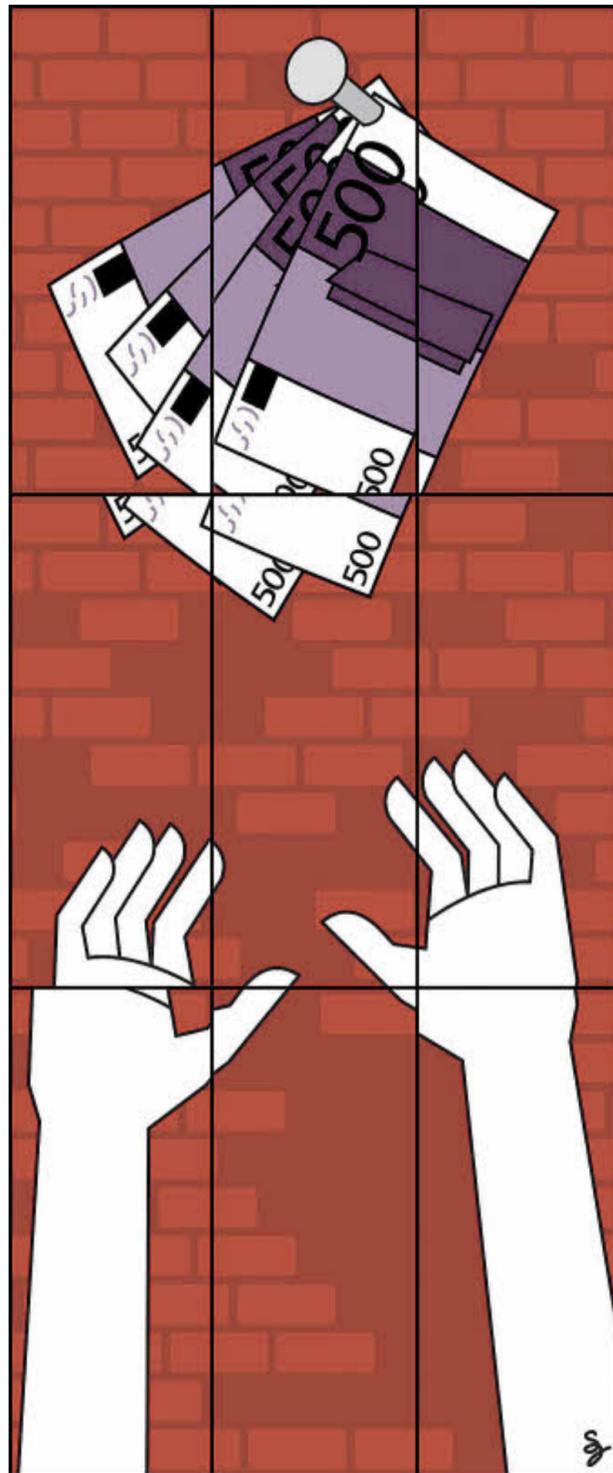
Für all diejenigen, die sich nicht so intensiv um ihr Geld kümmern möchten, gibt es aber eine Alternative, die deutlich weniger Aufwand erfordert, den Sparer aber unter dem Strich ähnlich viel einbringt bei nahezu gleich hoher Flexibilität und Sicherheit: das sogenannte Kombigeld. Es handelt sich um eine Mischung aus Tagesgeld und Festgeld. Festgeld wird in der Regel etwas höher verzinst als Tagesgeld, weil der Anleger sein Geld für einen bestimmten Zeitraum festlegt. Das wollen viele nicht, weil sie dann nicht mehr täglich flexibel über ihr Geld verfügen können.

**Angebote im Vergleich:** Das Kombigeld will die Vorteile des Tagesgeldes (höhere Flexibilität) und des Festgeldes (höhere Verzinsung) kombinieren, erklärt Rebecca Lenzen vom Vergleichsportaal Aslander & Fromeyer: Ein Teil des Anlagebetrages fließt in Tagesgeld und ist damit jederzeit verfügbar.

Im Internet bietet die Firma unter der Adresse [www.festgeldvergleich.org/kombigeld.html](http://www.festgeldvergleich.org/kombigeld.html) einen Konditionenvergleich für das Kombigeld ab. Anders als beim Tagesgeld müssen Interessenten nicht dauernd den Anbieter wechseln, wenn sie sich einmal entschieden haben. Denn die Seite listet nur Angebote von Anbietern auf, die für alle Kunden gelten und deshalb auf Dauer attraktiv bleiben sollten. „Der Vorteil des Kombigeldes liegt darin, dass ein Teil der Anlagensumme bei Bedarf abgerufen werden kann und es im Vergleich zum Sparbuch deutlich höhere Guthabenzinsen gibt“, sagt Rebecca Lenzen.

Ein attraktives Angebot, das sich derzeit auf dem Vergleichsportaal finden lässt, ist das der österreichischen Zentralbank (EZB) die Aktienkurse nach oben. Gleichzeitig belastet die Aussicht auf steigende Zinsen in den USA nicht länger die Märkte. In der abgelaufenen Woche trieb die Hoffnung auf weitere geldpolitische Lockerungen der Europäischen Zentralbank (EZB) die Aktienkurse nach oben. Gleichzeitig belastet die Aussicht auf steigende Zinsen in den USA nicht länger die Märkte. In der abgelaufenen Woche trieb die Hoffnung auf weitere geldpolitische Lockerungen der Europäischen Zentralbank (EZB) die Aktienkurse nach oben. Gleichzeitig belastet die Aussicht auf steigende Zinsen in den USA nicht länger die Märkte.

In der neuen Woche sind zu nächst alle Augen auf die EZB gerichtet, deren Direktorium am Donnerstag zusammentritt. Von ihrem Ziel – eine Inflationsrate von knapp unter zwei Prozent – ist sie weit entfernt. Das dürften die November-Inflationsdaten für Deutschland am Montag und für die Euro-Zone am Mitt-



derzeit 1,1 Prozent Zinsen jährlich. Wer 36 Monate Laufzeit wählt, erhält 1,5 Prozent. Das Angebot gilt für Beträge ab 500 Euro.

Bis zu 1,7 Prozent jährliche Zinsen zahlt aktuell sogar die Bank NIBC Direct aus Karlsruhe für ihr Kombigeld. Hier beträgt der Mindestanlagebetrag allerdings 5 000 Euro. Hier kann der Kunde sogar jederzeit über 50 Prozent des Anlagebetrages verfügen. 1,7 Prozent Zinsen gibt es auch nur bei der zehnjährigen Laufzeit. Bei zwei Jahren gibt es aktuell 1,3 Prozent und bei fünf Jahren 1,45 Prozent.

**Urteil der Verbraucherschützer:** Noch deutlich attraktiver erscheint da auf den ersten Blick das aktuelle Angebot der Hanseatic Bank: Ab einer Anlagensumme von 1 000 Euro bietet sie ein Kombigeld-ähnliches Produkt namens Sparbrief Dynamik mit bis zu sechs Jahren Laufzeit an. Die Bank wirbt hier groß mit einem Zinssatz von bis zu 2,5 Prozent. Wer sich genauer informiert erfährt aber: Die 2,5 Prozent gibt es nur im sechsten Jahr. Im ersten Jahr zahlt die Bank dagegen lediglich 0,45 Prozent und im zweiten 0,6 Prozent. Wer das Geld sechs Jahre liegen lässt, kommt am Ende auf eine

**BERLINER-ZEITUNG.DE**  
Weitere Artikel zum Thema  
Sparen, Anlegen, Kredite und  
Versicherungen unter:  
[www.berliner-zeitung.de/meingeld](http://www.berliner-zeitung.de/meingeld)

Durchschnittsrendite von 1,14 Prozent – was sicherlich im aktuellen Zinstief nicht schlecht ist, aber auch nicht herausragend. Flexibel ist der Sparbrief Dynamik insofern, als bis zu 2 000 Euro monatlich jederzeit abgehoben werden können. Wer höhere Beträge abheben will, muss eine Kündigungsfrist von drei Monaten einhalten.

Die Geldanlage-Expertin der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen, Annabel Oelmann, hält das Kombigeld grundsätzlich für eine interessante Anlagealternative: „Es ist in der Tat empfehlenswert, seine Geldanlagen passend zu der individuellen Situation über verschiedene Produktklassen zu streuen.“ Das bedeutet aber nicht, dass solche Kombiprodukte immer geeignet seien. „Beim Kombigeld sollte der Verbraucher im Vorfeld prüfen, ob das Gesamtpaket von kurz- und mittel-/langfristiger Anlage vorteilhafter ist als zwei einzelne Geldanlagen.“ Sprich: Der Anleger sollte überlegen, ob er eventuell günstiger fährt, wenn er sein Geld selbst auf Tages- und Festgeld aufteilt.

Der Anleger sollte beim Kombigeld insbesondere die Flexibilität bei der Mischung und die zugrundeliegende Einlagensicherung prüfen“, rät Oelmann. Zumindest alle Kombigeld-Angebote, die auf festgeldvergleich.org aufgelistet werden, sollte durch eine Einlagensicherung von mindestens 100 000 Euro gesichert. Geht die Bank Pleite, muss der Kunde nicht um seine Einlagen bangen.

Oelmanns Fazit: Sollte die Prüfung des Kombigeldes unter Berücksichtigung aller Faktoren und einem Vergleich mit anderen Anbietern am Ende ergeben, dass das Gesamtpaket der Einzellösung überlegen ist, spricht grundsätzlich nichts gegen einen Abschluss.

## GEFÄHRLICHE LOCKANGEBOTE

**Consors:** Manche Banken werben mit geradezu traumhaft hohen Tagesgeldzinsen um neue Kunden. So lockt die Consors Bank aktuell mit bis zu 3 Prozent Zinsen für das Tagesgeld. Die erhält der Kunde aber nur für Anlagebeträge von bis zu 20 000 Euro und auch nur dann, wenn er Wertpapiere für mindestens 6 000 Euro kauft oder von einem anderen Depot zur Consors überträgt.

**Werbemaßnahme:** Consors nutzt den hohen Zins also als reine Werbemaßnahme, um Kunden dazu zu bewegen, ins Wertpapiergeschäft einzusteigen – dem eigentlichen Kerngeschäft von Consors. Das Geldhaus zahlt bei dem hohen Zinssatz also bewusst drauf. Die Kosten dafür sind vom Werbebudget der Bank abgedeckt. Interessenten sollten sich darüber im Klaren sein.

**Garantie:** Etwas anders gelagert ist eine Offerte des Online-Finanzdienstleisters Cashboard: Er garantiert Kunden zwei Prozent Zinsen, wenn sie ihr Geld von ihm verwalten lassen. Auch hier investieren die Kunden in Wertpapiere. Wenn es gut läuft, sind auch mehr als zwei Prozent für die Kunden drin. Die Garantie gilt aber nur für einen Anlagehöchstbetrag von 10 000 Euro.

## BÖRSE

### Woche der Zentralbanken

VON STEPHAN KAUFMANN

Die Zentralbanken der Eurozone und der USA sind derzeit die dominierenden Spieler an den Aktien- und Kapitalmärkten. Bereits in der abgelaufenen Woche trieb die Hoffnung auf weitere geldpolitische Lockerungen der Europäischen Zentralbank (EZB) die Aktienkurse nach oben. Gleichzeitig belastet die Aussicht auf steigende Zinsen in den USA nicht länger die Märkte.

In der neuen Woche sind zu nächst alle Augen auf die EZB gerichtet, deren Direktorium am Donnerstag zusammentritt. Von ihrem Ziel – eine Inflationsrate von knapp unter zwei Prozent – ist sie weit entfernt. Das dürften die November-Inflationsdaten für Deutschland am Montag und für die Euro-Zone am Mitt-

woch belegen. Für die Währungsunion wird mit einem Preisanstieg von um die 0,3 Prozent gerechnet. In den vergangenen Tagen hat sich die EZB unter Zugzwang gebracht. Nach starken Worten der Zentralbank-Direktoren erwarten die Finanzmärkte nun weitere Maßnahmen. Voraussichtlich wird die EZB am Donnerstag ankündigen, ihr Anleihekaufprogramm entweder im Volumen aufzustocken oder zu verlängern. Zudem könnte sie auch noch den Einlagenzinssatz von derzeit -0,2 Prozent weiter senken. Zu diesem Zins können Geschäftsbanken Geld bei der EZB parken – eine weitere Senkung würde dies noch unattraktiver machen und soll die Banken zur Kreditvergabe anregen.



Eine noch weiter sinkende Geldpolitik bedeutet: geringere Euro, sinkende Anleiherenditen und eine Stütze für die Aktienmärkte. Ein Problem wäre jedoch,

wenn die EZB nicht liefert. „Aufgrund der ausgeprägten Erwartungshaltung der Kapitalmärkte ist das Enttäuschungspotenzial sehr groß, sollte die EZB hinter den Erwartungen zurückbleiben“, mahnen die Ökonomen der WGZ-Bank.

Auch für die USA stehen zentrale Daten an: Der Einkaufsmanagerindex für die Industrie am Dienstag und für die Dienstleister am Donnerstag. Und – vor allem – die Arbeitslosenrate im November am Freitag. Ein weiterer Stellenzuwachs wäre für die US-Notenbank Fed wohl das entscheidende Signal, auf ihrer nächsten Sitzung Mitte Dezember die Leitzinsschwelle einzuleiten. Eine Katastrophe würde dies laut WGZ-Bank aber nicht mehr bedeuten.

## Kosovo umwirbt deutsche Firmen

### Regierung bereitet Gesetz für Direktinvestitionen vor

VON MECHTHILD HENNEKE

Deutschland ist mit 400 Millionen Euro Handelsvolumen Kosovos wichtigster Wirtschaftspartner. Auf einem deutsch-kosovarischen Wirtschaftsforum in Berlin warb Kosovos Vize-Ministerpräsident und Außenminister Hashim Thaçi Ende vergangener Woche für einen Ausbau der Beziehungen zwischen beiden Ländern. „Vor allem auf den Gebieten Energie, Bergbau und Mineralien sowie Landwirtschaft suchen wir Partner in Deutschland“, sagte Thaçi zur Berliner Zeitung. Nicht nur die Bundeswehr solle in Kosovo präsent sein, sondern auch Investoren.

Er kündigte an, dass die Kosovo-Regierung in den kommenden sechs Wochen „das modernste Gesetz Europas für Direktinvestitionen“ ins Parlament einbringen wolle. Es solle den Weg für mehr Zusammenarbeit ebnen. Nach der Unterzeichnung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens mit der Europäischen Union (EU) Ende Oktober erhoffte sich Thaçi Impulse auch für die deutsch-kosovarischen Handelsbeziehungen. „Wir sind besonders an Großinvestoren wie Thyssen-Krupp oder Siemens interessiert.“

Die Regierung des Kosovo will endlich das Energieproblem des Lands lösen, das unter Energieknappheit und Stromausfällen leidet. Die beiden bestehenden Kohlekraftwerke sind bald am Ende ihrer Laufzeit angelangt. Laut Thaçi gibt es eine Einigung mit dem US-amerikanischen Unternehmen ContourGlobal, das weltweit Kraftwerke betreibt.

Das Unternehmen solle ein Investorenkonsortium anführen, an dem sich auch deutsche Unternehmen beteiligen könnten, sagte er. Das Investitionsvolumen betrage eine Milliarde Euro, 10 000 Arbeitsplätze sollten durch das Kraftwerk geschaffen werden. Auch im Touris-



DPA/RAINER JENSEN

### Vize-Ministerpräsident Hashim Thaçi war zu Gast in Berlin.

mus sieht Thaçi Entwicklungsmöglichkeiten. Im Skigebiet Bresovica sollten innerhalb der nächsten sieben Jahre rund 4 000 neue Arbeitsplätze entstehen.

Um seinen Bürgern den Verbleib im Kosovo lohnenswert zu machen, erwartet die Regierung in Pristina „so schnell wie möglich“ eine Liberalisierung des Visaregimes durch die EU, die den Kosovaren mehr Reisefreiheit geben würde. „Wir haben außerdem direkte Kontakte zu den Bürgern gesucht, um die Flüchtlingswelle zu stoppen“, sagte Thaçi. Im Winter werde es nicht erneut zu einer Auswanderungswelle nach Deutschland und Europa kommen. „Die Kosovo-Regierung macht ihre Aufgaben“, betonte er.

Thaçi kündigte an, den – von der Opposition kritisierten – Dialog mit Serbien weiterführen zu wollen. „Dialog ist das beste Beispiel für Versöhnung und für die Normalisierung der Beziehungen.“

Er äußerte sich auch zu dem Internationalen Sondergericht für Kriegsverbrechen während des Kosovo-Konflikts in den Jahren 1998/99, das kürzlich im Kosovo beschlossen wurde und seinen Sitz in Den Haag haben soll. Es soll sich unter anderem mit Verbrechen der Kosovo Befreiungsarmee beschäftigen. Das Parlament hatte dem Aufbau des Gerichts erst nach längeren Debatten zugestimmt. Thaçi sagte, Kosovo werde mit dem Gericht kooperieren. Er sprach sich für einen schnellen Aufbau auf. „Unabhängig davon, was uns angelastet wird, haben wir einen gerechten Krieg geführt“, sagte er. Jetzt sei es Sache des Gerichts zu beurteilen, ob während des Konflikts alles „entsprechend dem Recht gelaufen ist, oder nicht“.